

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer am Sonntag, 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 10 Pf. Die Anzeigen werden nach Maßgabe der in der Geschäftsstelle veröffentlichten Anzeigenpreise berechnet. — Rückzahlung erfolgt nur, wenn Porto vorliegt.



Angelagerter: Die Reichspostamt-Kasse, die 40 Pfennig-Zelle der amtlichen Bekanntmachungen, 40 Pfennig-Zelle der amtlichen Bekanntmachungen, 40 Pfennig-Zelle der amtlichen Bekanntmachungen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 281. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach Dresden 2640 Donnerstag, den 2. Dezember 1926

Sieger Poincaré.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

„Man spricht vergebens viel, um zu versagen, Der andere hört von allem nur das Reine!“

Dieses Goethe-Wort kann man nun wirklich als auf die Stimmung passend anwenden, mit der wir die Reden französischer Politiker — einschließlich Briand's — über die deutsch-französischen Beziehungen vernahmen. Diesmal hat er bei der Kammerdebatte über die auswärtige Politik besonders viel gesprochen, besonders viele Worte gemacht, die das Reine nur schlecht verhüllten. Dabei muß er selbst eingestehen, daß es „keine Kleinigkeit ist, wenn Deutschland ein Papier unterzeichnet, durch das es die Grenzen anerkennt und auf jede Gewalttat verzichtet“. Briand erklärt, daß Thoiry „nur eine Besprechung gewesen sei wie viele andere auch“. Ganz kurz und faßlich.

Diese Mitteilung ist für uns Deutsche doch recht überaus interessant. Dieß es doch wieder einmal: Eine neue Ära sei angebrochen, und man sprach von dem „Geist von Thoiry“, einem ganz besonderen Geist; aber Briand spricht ihm jetzt jede Besonderheit ab. Dann wird wohl überhaupt nicht mehr viel von ihm übrigbleiben und man kann sich die Anbringung einer Gedenktafel in jenem Hotelzimmer sparen. Wozu denn übrigens damals die ganze Geheimnisstimmung?

Das Rheinland ist besetzt als ein Pfand, das zu einem ganz besonderen Zweck bestimmt ist — wir kennen den Zweck: Faustpfand für die „Sicherheit“ Frankreichs, nicht etwa bloß für die prompte Reparationszahlung. Trotz Locarno und Genfer Völkerbund. Denn Frankreich „strebt Garantien an“. Und sie folgen schnell genug: Völkerbundkontrolle, Abrüstung — man kennt die Bilanz, kennt das Sprüchlein vom edelmütigen Frankreich, dem unberechtigten Verlangen Deutschlands. Aber ein kleiner Trost ist uns geblieben: die Rheinlandbesetzung könne „vermenschlicht“ werden; es wäre doch gut, wenn zwischen uns nicht mehr vorläme. Sagt Briand zu uns, statt diese Mahnung an die Besatzungstruppen zu richten, und nun auf der anderen Seite die Reichstagsrede des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Well's. Es gibt keine Brücke, die vom Reichstag zur französischen Deputiertenkammer führt. „Mit dem Geist von Locarno sei die Besetzung unvereinbar“, erklärt der deutsche Minister — und Briand bestreitet das kategorisch. „Wir müssen erwarten, zumal nach unserem Eintritt in den Völkerbund, daß auch wir als eine Kulturnation gewürdigt werden und daß man auch jenseits unserer Grenzen nicht vergessen darf, daß auch wir Deutschen eine Ehre haben, deren Schutz wir in vollem Maße für uns in Anspruch nehmen“, fordert Dr. Well — aber Briand erklärt: Erst kommt die Sicherung Frankreichs durch Waffenmacht und Ordnungen. Die Zwischenfälle häufen sich, verschlimmern sich, werden zu großer Gefahr. Seit dem März sind ganze 8000 Mann abtransportiert worden, noch 80 000 Mann stehen im Rheinland. Mit auffallend scharfen Worten protestiert Dr. Well gegen den Widerstand, daß dort ein derartig gewaltiger militärischer Apparat auf dem Lande laftet und gleichzeitig der Deutsche neben dem Franzosen am Genfer Ratstisch sitzt. Man spricht verschiedene Sprachen in Berlin und in Paris und die Verständigung läuft Gefahr, im Aufsteigen zu geraten zu werden. Uns aber bleibt nichts anderes übrig, als unsere Bemühungen fortzusetzen, durch Stillschweigen unserer Zustimmung Ausdruck zu geben. Und im Rahmen des Möglichen dem bedrängten Lande zu helfen. Dr. Well führte dann im einzelnen aus, welche Aufwendungen Reich und Länder für das Rheinland bereitstellen, wie die Arbeitslosigkeit besonders drückend empfunden wird. Wo aber unter dem Druck der Besatzung neben der wirtschaftlichen Not die geistige nicht minder hart ist. Mehr können wir ja nicht tun als protestieren. Aber die Rede Briand's hat ganz deutlich gezeigt, daß für uns vorläufig nicht viel zu hoffen ist. Ebenso innenpolitisch wie außenpolitisch ist Poincaré Sieger geblieben.

Eine offiziöse deutsche Austassung.

Die Dr. Stresemann naheliegende Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz behandelt die Rede Briand's und stellt darin mit Befriedigung fest, daß Briand's Ausführungen unbefriedigend von der zum Teil ziemlich scharfen Auseinandersetzung der letzten Wochen im Einklang mit dem Geiste stehe, in welchem die Besprechung von Thoiry geführt worden sei. Zu der Wendung Briand's, daß die Rheinlandbesetzung nicht eine Demütigung Deutschlands bezwecke, sondern ein Pfand und dazu bestimmt sei, Frankreich Bürgerschaft zu geben, schreibt die Korrespondenz: Das ist eine Formulierung, die sich mit der Praxis der Vergangenheit nur sehr wenig deckt, von der wir aber barum um so lieber Kenntnis nehmen, denn ein Pfand läßt sich auflösen, ein Pfand, dessen Bedeutung frei ist von politischen, moralischen und Geschäftsmomenten, kann dem Gegenstand eines Tausches, eines materiellen Ausgleichs bilden. Und ein solcher materieller

Deutschland und das Kontrollrecht

Deutsche Denkschrift an den Völkerbundrat.

Der Streit um die Militärkontrolle.

Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hat Dr. Stresemann in Ausführungen über die Militärkontrolle Bezug genommen auf einen Brief, den er am 12. Januar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes geschrieben hat. Diesen Brief, der als „Note der Reichsregierung“ bezeichnet wird, veröffentlicht jetzt der „Dolmetsch Telegraph“ im Wortlaut. Es heißt darin, daß die deutsche Regierung bereit sei, „in Übereinstimmung mit Artikel 213 des Versailler Vertrages sich jeder Investigation (Kontrolle) zu fügen, die der Völkerbund durch Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“. Sie sei weiterhin bereit, jede Erleichterung für die Ausübung dieser Kontrollmaßnahmen innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages zu gewähren, weil eine derartige Kontrolle der deutschen Regierung ein gewisses Maß von Schutz gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen gebe. An diese Erklärung schließt der Reichsaussenminister aber folgende Bemerkung:

1. Daß der Artikel 213 die Kontrollmaßnahmen nur in gewissen Fällen rechtfertigt, nämlich, wenn bestimmte Umstände zu dem Glauben berechtigen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

2. Daß die Errichtung von ständigen Kontrollorganen nicht für die entmilitarisierte Rheinlandzone gelten könne.

3. Daß die Nachbeschlüsse, die der Kontrollkommission vom Völkerbund für ihre Beziehungen zu deutschen Behörden gegeben werden sollen, beträchtlich hinausgehen über das, was die deutsche Verfassung zulasse und was zur Erreichung des angestrebten Zieles notwendig sei.

Dr. Stresemann schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß einer Verständigung über diese Punkte besondere Schwierigkeiten nicht im Wege stehen werden. Nach dem Eintritt in den Völkerbund hat die deutsche Regierung dann Feststellungen in Deutschland unternommen dürfen, Übernahme der Kontrolle durch den Völkerbund Deutschland auch in jenen Untersuchungskommissionen eine Vertretung erhalten werde die für nicht-deutsche Gebiete in Frage kommt.

Wie weiter berichtet wird, steht auch die englische Regierung auf dem Standpunkt, daß erstens die Errichtung einer ständigen Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone unmöglich sei, und daß zweitens nach ihrer Auffassung auch die Beauftragung des Völkerbundes nur dann Feststellungen in Deutschland unternehmen dürfen, wenn sie hierzu durch den Völkerbundrat auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses ermächtigt worden seien.

Deutschlands Standpunkt.

Die Berliner diplomatischen Kreise wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung die Anerkennung der von Deutschland in der Januarnote gemachten Vorbehalte auch heute noch als unerlässliche Vorbedingung für die Abtragung des Untersuchungsrechtes an den Völkerbund betrachtet. Deutschland ist zwar durch den Artikel 213 des Versailler Vertrages gehalten, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet, keinesfalls aber zur Anerkennung der in dem Untersuchungsprogramm des Völkerbundes verordneten Kontrollverpflichtung. Die Ausübung einer solchen Kontrolle durch die besonders von französischer Seite geforderten „éléments stables“ (ständigen Kontrollorganen) ist für Deutschland vollständig untragbar.

Anschlußdebatte im Wiener Nationalrat

Wien, 2. Dezember. Im Finanzausschuß des Nationalrates kam es am gestrigen Dienstag zu einer außenpolitischen

Ausgleich ist nach der falschen Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses durch den Locarnopakt ja auch ein Gegenstand der Besprechung von Thoiry gewesen, wobei man sich beiderseits darüber klar war, daß ein solches Verfahren mit dem Eingehen auf Lebensbedürfnisse beider Seiten zugleich eine entscheidende Friedensgarantie und eine Bürgschaft für jenes Zusammenarbeiten schaffen würde, wie es Briand nach seiner gestrigen Rede anstrebt.

Der Thronstreit in Rumänien.

Ein sensationelles Handschreiben des Königs. Im Senat in Bukarest verlas der Präsident ein Handschreiben des Königs Ferdinand an die Ministerpräsidenten. In diesem Schreiben drückt König Ferdinand zu

Debatte, bei der von den Rednern aller Parteien die Vorgänge in Südtirol und die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich erörtert wurden. Von christlich-sozialer Seite wurde die Regierung ersucht, Schritte zu unternehmen, um das schwere Los der Deutschen in Südtirol zu erleichtern und verlangt, daß die Mitglieder des Völkerbundes auf die Zustände aufmerksam gemacht werden. Der großdeutsche Redner gab der Meinung Ausdruck, daß der Anschluß an das Deutsche Reich sich nicht aufhalten lassen werde und daß die wirtschaftlich orientierten Kreise auch der Staaten, die sich bisher als die ersten Widersacher des Anschlusses gezeigt haben, langsam zu der Erkenntnis kommen, daß die Bestrebung der Wirtschaft Europas praktisch undurchführbar ist, wenn gerade das deutsche Volk von dieser Befriedigung ausgeschlossen wird. Es werde niemanden auf die Dauer gelingen, den Anschluß zu verhindern, wenn die Deutschen diesen Anschluß selbst wollen. Darüber sei man sich einig, daß die österreichische Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit, wenn diese Frage einmal zur Entscheidung kommen wird, den Anschluß gebanten in die Tat umsetzt. Von der sozialdemokratischen Seite wurde an der Anschlußpolitik der christlich-sozialen Partei Kritik geübt. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte in seiner Antwortrede, man könne seinen Standpunkt und den Standpunkt seiner Partei in der Anschlußfrage. Wir wollen uns, sagte Seipel, in drei Grundzüge: 1. Wir glauben, daß eine Politik des ewigen Demostriens gegen Tatsachen keine Berechtigung hat, ja schädlich ist. 2. Wir sind der Meinung, daß wir Realpolitik machen müssen. 3. Wir glauben, weder der deutschen Nation noch unserem Vaterland zu dienen, wenn wir nicht in diesem Augenblick alle Kräfte konzentrieren, daß der zweite deutsche Stamm erhalten werden kann, daß er nicht etwa einem wirtschaftlichen Verfall oder einer sozialen Revolution anheimfällt. Der Ausdruck zweiter deutscher Staat stammt aus der Begründung, die mir in Berlin zuteil wurde. Zur Südtiroler Frage erklärte der Kanzler, daß die Regierung keine Gelegenheit verläume, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß ein wirklich gutes und zufriedenerstellendes Verhältnis mit jenseits des Brenners nicht verstimmt. Die Resolution des Tiroler Landtages, die das Einschreiten der Regierung beim Völkerbund fordert, wird die Regierung ernstlich beschäftigen.

Kritik der Pariser Presse an Briand.

Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 1. Dezember. Briand's Rede findet, wie bereits hervorgehoben, im allgemeinen hier keine gute Presse. Uneingeschränkt gilt dies von den nationalistischen Organen, die, wie heute der „Intransigeant“ feststellt, daß Briand pro domo gesprochen habe. Die Mehrheit des Landes, so behauptet das Blatt, mißtraue dem angehenden guten Willen Deutschlands, von dem man bis jetzt nur negative Beweise erhalten habe. Man müsse deshalb einen Frieden mit allen Vorichtsmaßnahmen und Garantien erstreben. Mehrfach stellt das „Journal de Debats“ fest, daß Briand zahlreiche Abgeordnete enttäuscht habe. Eine bessere Jenjur wird der gestrigen Rede Briand's in der Kammer vom Temps erteilt, der die Rede des Außenministers als eine Vorrede zu den Genfer Beratungen bezeichnet. Es bleibe aber noch die Frage offen, wie man am Besten einen dauerhaften Frieden verwirklichen könne, wenn die anderen Regierungen und Völker nicht im gleichen Geiste wie Frankreich handelten. Nur wenn Deutschland abgerüstet habe, könne sich binnen kurzem die Annäherung vollziehen.

Der Belagerungszustand über Bukarest verhängt?

Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 2. Dezember. Nach einer unbestätigten Meldung soll über Bukarest der Belagerungszustand verhängt worden sein.

nächst den Dank für die teilnehmende Sorge aus, welche die Allgemeinheit ihm entgegenbringe, und sagt, er hoffe, da er sich bedeutend wohler fühle, noch lange Zeit die Lasten seines schweren Amtes im Interesse des Landes, dem er schon viele Opfer gebracht habe, tragen zu können. Der König erklärt weiterhin Gesetze und Verfassungen als ein für allemal gegeben und unumstößlich. An ihnen zu rütteln liege nicht im Interesse des monarchischen Prinzips. Der König fordert schließlich alle seine Getreuen auf, sich um den Thron zu scharen.

Dieses Schreiben des Königs steht natürlich im Mittelpunkt des politischen Interesses des Landes. Sein Inhalt hat ungeheure Sensation hervorgerufen. Wie weiter bekannt wird, hat König Ferdinand in dem Briefe noch geschrieben, er habe es mit Bedauern bemerkt, wie seine Erkrankung dazu bemüht werde, um die Dynastie untergraben zu lassen. Es sei nicht anadaria, daß das Schicksal